

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

22.11.2021

Inhalt

EWN

1 Demonstranten fürchten Rückkehr der Atomkraft <i>BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, 19.11.2021</i>	3
2 Streit um die Zukunft der Kernenergie spaltet Europa <i>Handelsblatt.com, 21.11.2021</i>	5
3 Atomkraft ist nicht grün <i>Süddeutsche Zeitung, 22.11.2021</i>	8

 BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe | 19.11.2021 | S. 13

 Auflage: 29.762 | Reichweite: 112.570

 Bärbel Nückles

Demonstranten fürchten Rückkehr der Atomkraft

Politiker denken über neue Meiler im Elsass nach / Bürgermeister schlägt vor, die Reaktoren in Fessenheim wieder zu aktivieren

Fessenheim. Mission erfüllt? Weit gefehlt. Eineinhalb Jahre sind seit der Stilllegung der beiden Reaktoren des Atomkraftwerks (AKW) Fessenheim vergangen. Die Vorbereitungen für dessen Rückbau haben längst begonnen. Und doch steht jetzt draußen vor der Allzweckhalle im elsässischen Fessenheim Gustav Rosa, Initiator der Mahnwache Breisach, vor Beginn der jüngsten Sitzung der Fessenheim-Kontrollkommission (Clis), zusammen mit einem Dutzend Gleichgesinnter aus Baden und dem Elsass. Rosa hatte bis zur Abschaltung 500-mal für ein Ende der Atomkraft im Elsass demonstriert.

Die Clis selbst ist eine Gründung vor dem Hintergrund des Anti-Atomkraftprotests der 1970er Jahre. Im Umfeld der Inbetriebnahme des AKW in Fessenheim 1977 hatten Gegner mit einem Hungerstreik das Hochfahren der Reaktoren verhindern wollen. Letztlich erwirkten sie immerhin, dass durch den Départementsrat des Haut-Rhin eine lokale Kommission eingerichtet wurde, bei deren zweimal jährlich stattfindenden Sitzungen der Betreiber Electricité de France (EDF) und die Atomaufsicht der Bevölkerung Rede und Antwort stehen mussten.

Eine echte Kontrolle übte sie, der an jedem neuen AKW-Standort in Frankreich weitere solcher Kommissionen folgten, nie aus. Die französische Politik wie der Betreiber verstanden sie eher als Informationsgremium. Nichtsdestotrotz war die Kontrollkommission stets ein Ort, an dem direkte, auch unbequeme Fragen an den Betreiber EDF möglich waren. Auch deutsche Vertreter aus der Verwaltung und den grenznahen Umweltverbänden gehören der Clis an.

Vor einer Woche hat Präsident Emmanuel Macron den Bau neuer Reaktoren, die Frankreich klimaneutralen Strom sichern sollen, angekündigt. Die Reaktion von Frédéric Bierry, Präsident der Gebietskörperschaft Elsass, folgte prompt. Die Stilllegung von Fessenheim hält er angesichts der Klimaerwärmung für einen Skandal. „Ich bin offen für Gespräche mit der

Regierung“, bekannte Bierry, „über einen eventuellen neuen Standort im Elsass.“

Schutz gegen Erdbeben ist in Fessenheim geringer

Die Vorstellung, EDF könnte vor seiner Haustür einen der neuen Reaktoren bauen, lässt den Bürgermeister von Fessenheim, Claude Brender, geradezu frohlocken. Und Bierry legt nach, nachdem Marine Le Pen diese Woche für den Fall ihrer Wahl im kommenden Jahr ein Wiederhochfahren der beiden elsässischen Reaktoren verspricht. Bierry stellt zur Debatte, ob es sinnvoll sei, neue Reaktoren zu bauen, wenn es Anlagen gebe, die „ihre Tauglichkeit unter Beweis gestellt“ hätten. Obendrein ist auch der neue Clis-Vorsitzende, der konservative Abgeordnete Raphael Schellenberger, ein erklärter Freund der Atomkraft.

Macrons Pläne für neue Reaktoren und Le Pens Lust an der Provokation: Pierre Bois, verantwortlich für die Atomaufsicht in Straßburg, führt zwar in der Clis aus, dass Fessenheim aufgrund der Stilllegung eine im Vergleich zu anderen Standorten abgespeckte Sicherheitsausrüstung gegen Erdbeben oder Überflutung erhalten habe. Dies sei, versichert Bois, nur einer von vielen Aspekten, die eine Rückkehr zum Betrieb eigentlich unmöglich machen.

Beim grenzüberschreitend verbündeten AKW-Protest lösen die Bekenntnisse zur Atomkraft Entsetzen aus. „Hat Bierry überhaupt den Aachener Vertrag gelesen?“, fragt sich André Hatz, Sprecher der elsässischen Initiative Stop Fessenheim. Das deutsch-französische Abkommen von 2019 erwähnt namentlich das Zukunftsprojekt Fessenheim. Von einem neuen Atommeiler ist darin keine Rede.

Am Rande der Sitzung ist noch zu hören, dass es mit den Planungen für ein deutsch-französisches Gewerbegebiet bei Fessenheim gerade hakt. Von viel Bürokratie, von einem zähen Genehmigungsverfahren und zu wenig Geld für den Erschließungsprozess ist da die

Rede.

Zumindest die EDF scheint bei den Vorbereitungen für den Rückbau keine Zeit zu verlieren. Das Brennelemente-Lager zu Reaktor 1 ist vollständig geleert. 2022 soll auch das nukleare Material aus Reaktor 2 per Bahn nach La Hague zur Wiederaufbereitung geschickt werden. „Das ist etwas, dass wir zuverlässig beherrschen“, betont Elvire Charre, Direktorin des stillgelegten AKW, in der Sitzung. Diese Woche verlassen

auch die ersten Dampfgeneratorenteile das Elsass mit dem Ziel Cyclife, eine Schmelzanlage in Schweden, die EDF gehört. 2025 soll der Rückbau beginnen. Geht alles nach Plan, bleibt 2041 ein dekontaminiertes Gelände. Doch die grenzüberschreitende Gemengelage bleibt kompliziert. Gustav Rosa hat schon an Macron geschrieben, um sich für eine klimaneutrale Zukunft ohne Atomkraft starkzumachen. „Monsieur le Président, wir hoffen auf Ihre Unterstützung.“

📰 Handelsblatt.com | 21.11.2021 | S. online

👤 Eva Fischer, Moritz Koch, Gregor Waschinski

🔗 WEBLINK

ATOMKRAFT

Streit um die Zukunft der Kernenergie spaltet Europa

Mit Kernkraft das Klima retten? Die Debatte über die Renaissance der Nuklearenergie droht sich zur schweren Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses auszuwachsen.

Seine Zielmarke hat er fast erreicht. Mehr als 66.000 Unterschriften hat der Europa-Politiker Sven Giegold gesammelt, 75.000 sollen es werden. Mit der virtuellen Petition stemmt sich der Grünen-Politiker dagegen, dass Investitionen in neue Atom- und Gaskraftwerke in Europa künftig als klimafreundlich gelten. Vor einer „fatalen Weichenstellung“ warnt Giegold. Die Chance, sie aufzuhalten, schwindet allerdings – egal wie viele Unterschriften noch dazukommen.

Die Empörung gilt der EU-Taxonomie, einem Regelwerk, das definiert, welche Geschäftstätigkeiten künftig als nachhaltig ausgewiesen werden und welche nicht. Man könnte meinen, dass solche technischen Fragen nur Spezialisten interessieren. Doch das Thema hat höchste politische Bedeutung erlangt.

Was als abseitige Debatte begann, hat das Potenzial, zu einer schweren Belastung des deutsch-französischen Verhältnisses zu werden – und den Neustart der Europa-Politik unter der künftigen Ampelkoalition zu überschatten.

Während in Deutschland Kernkraft als energiepolitisches Tabu gilt, bildet sie für Frankreich das Fundament der wirtschaftlichen Transformation. Mit aller Macht kämpfen die Franzosen dafür, dass Nuklearkraftwerke das Siegel der Klimafreundlichkeit erhalten. Denn sie fürchten, dass die Taxonomie nicht nur zum Richtschur der Kreditvergabe von Banken wird, sondern künftig auch darüber bestimmen könnte, welche Technologien noch EU-rechtskonform staatlich förderbar sind.

Und die Franzosen scheinen Erfolg zu haben. In einem internen Kommissionspapier, das dem Handelsblatt vorliegt, wird Kernkraft als nachhaltiges Investment klassifiziert. Anfang Dezember, womöglich noch vor dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung, dürfte die EU-Behörde ihre Entscheidung öffentlich machen. Dann wäre die Taxonomie kaum noch zu stop-

pen.

Atomkraft-Befürworter sind in der Mehrheit

Die scheidende Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat den Kampf praktisch verloren gegeben. Der Vorschlag der Kommission sei ein sogenannter delegierter Rechtsakt und könne daher nur abgelehnt werden, wenn Deutschland 19 weitere EU-Staaten an seiner Seite hätte. „Das ist eine sehr hohe Hürde und ist voraussichtlich nicht der Fall“, sagte Merkel kürzlich in einem Interview.

Der Kernkraft-Defätismus der Noch-Kanzlerin alarmiert die Grünen zusätzlich. „Es ist von entscheidender Bedeutung, die Kommission von ihrer schlechten Idee abzubringen“, mahnt Giegold. „Es liegt weder im deutschen noch im französischen Interesse, dass eine Nebenfrage die Stimmung verdirbt und die Aussicht auf einen europapolitischen Neuanfang kaputt macht.“

Doch aus Sicht Frankreichs ist der Umgang mit der Kernenergie nicht verhandelbar. „Wir können die Taxonomie nicht ohne die Atomkraft denken“, sagte Finanzminister Bruno Le Maire vergangene Woche im Interview mit dem Handelsblatt. „Wir haben über Jahrzehnte in die Kernenergie investiert. Das ist ein Teil der französischen Identität und eine strategische Entscheidung.“

Etwa 70 Prozent des französischen Stroms stammen aus der Kernkraft, sie spielt in Frankreich eine Schlüsselrolle bei der Dekarbonisierung der Wirtschaft und der Herstellung von klimaneutralem Wasserstoff.

Frankreich sieht Kernkraft als Zukunftstechnologie

Bestätigt sieht sich die Regierung in Paris durch eine Analyse des Stromnetzbetreibers RTE, der mehrere Szenarien für Frankreichs Energieversorgung im Jahr

2050 durchgespielt hat. Das Resultat: Die Gesamtkosten für einen Umbau auf ausschließlich erneuerbare Energien lägen deutlich höher als bei einem Strommix mit Kernkraft.

Die französische Regierung will daher neue Kraftwerke bauen und die Entwicklung neuartiger Minireaktoren vorantreiben, die sogenannten Small Modular Reactors (SMR).

Der Nuklearindustrie hat sie kürzlich eine Milliarden Euro an staatlicher Unterstützung zugesagt. Paris setzt aber auch auf private Investitionen in die Atomkraft – die durch einen Ausschluss in der Taxonomie gefährdet wären.

Der Kompromiss, den Frankreich den Deutschen anbietet, lautet: Vorübergehend und „unter strikten Bedingungen“ könnte auch Gas unter die grünen Investitionsregeln fallen. „Wir wissen, dass Frankreich und Deutschland unterschiedliche Entscheidungen in der Energiepolitik getroffen haben“, so Le Maire. „Die Frage ist: Werden wir die Unterschiede hervorheben oder versuchen, eine Einigung zu finden?“

Allerdings dürfte auch Le Maire wissen: Für die Grünen in Berlin ist ein solcher Deal nicht akzeptabel, fossiles Gas kann aus ihrer Sicht genauso wenig als nachhaltig gelten wie Atomstrom.

Passt Atomkraft zum „Do No Significant Harm“-Prinzip?

Ziel der EU-Taxonomie ist es, Anlegern Orientierung zu geben und dazu beizutragen, dass mehr Geld in grüne Geschäftsfelder fließen. Um als nachhaltig zu gelten, müssen Investitionen das „Do No Significant Harm“-Prinzip erfüllen, also keinen signifikanten Schaden anrichten. Die entscheidende Frage der Kernkraft-Debatte lautet also: Was heißt signifikant?

Der wissenschaftliche Dienst der EU-Kommission kam schon vor ein paar Monaten zu dem Schluss, dass Atomkraft nicht gegen das „Do No Significant Harm“-Prinzip verstoße. Physiker des deutschen Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung, kurz BASE, sehen das anders – und werfen der Kommissionsstudie methodische Mängel vor.

Allein die Tatsache, dass die Frage der Atommüll-Endlagerung bislang unbeantwortet ist, widerspreche einer grünen Klassifizierung, so die Experten der BASE. Weltweit gibt es bislang kein einziges nukleares Endlager. Einzig in Finnland wird derzeit eins gebaut.

Da jedoch jedes Land geologisch und von der Besiedlungsstruktur her einzigartig sei, könne dies kein Argu-

ment für andere Länder sein, weiterhin an Atomkraft festzuhalten. Atommüll müsse eine Million Jahre lang sicher verwahrt werden. Die geologischen Bedingungen in weit entfernter Zukunft ließen sich nicht zuverlässig vorhersagen, ebenso wenig wie das Verhalten der Menschen.

Österreich will vor den Europäischen Gerichtshof ziehen

Auch jenseits von der ungeklärten Atommüll-Problematik ist Kernenergie risikoreich: Berechnungen des Max-Planck-Instituts für Chemie zufolge kommt es statistisch gesehen alle zehn bis 20 Jahre zu einem Reaktorunfall. Je mehr Atomkraftwerke es auf der Welt gibt, desto geringer wird diese Zeitspanne.

Das EU-Recht sieht prinzipiell drei verschiedene Einstufungen von nachhaltigen Technologien vor – „grün“, „ermöglichend“ und „übergangsweise“. Atomkraft falle in keine der drei Bereiche, argumentieren Rechtsexperten der Anwaltssozietät Redeker Sellner Dahs in einer Studie für das österreichische Klimaschutzministerium.

Doch es spricht wenig dafür, dass sich die EU-Kommission noch umstimmen lässt. Nach derzeitigem Diskussionsstand will die Behörde Atomkraft als grünes Investment deklarieren, genau genommen den Bau und Betrieb der Kernkraftwerke. Uranabbau und -aufbereitung soll als „ermöglichende“ Technologie gelten, ebenso die Suche und der Betrieb von Atommüll-Endlagern und die Wiederverwertung von nuklearem Brennmaterial.

Danach müssen Rat und Parlament noch jeweils ihre Zustimmung geben – was voraussichtlich gesehen wird, da die Kernkraft-Befürworter in Brüssel in der Mehrheit sind.

Auf der Seite Frankreichs stehen Finnland, die Visegrad-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei, außerdem Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien. Deutschland kann auf die Unterstützung Österreichs, Luxemburgs, Dänemarks und Portugals zählen.

Österreich hat vorsorglich angekündigt, vor den Europäischen Gerichtshof ziehen zu wollen: „Sollte die Kommission einen Rechtsakt erlassen, der nicht mit den Grundlagen der Taxonomie vereinbar ist und die Hintertür für das Greenwashing von Atomkraft öffnet, werden wir das auch gerichtlich anfechten und einklagen“, sagte die österreichische Klimaschutzministerin Leonore Gewessler dem Handelsblatt.

Die Ampelkoalition hat sich noch nicht festgelegt, ob sich Deutschland der Klage anschließen wird. Grünen-Politiker Giegold will eine juristische Zuspitzung vermeiden und spricht sich für einen Kompromiss aus. Die Kommission müsse klarstellen, dass die Taxonomie nicht als Instrument zur Subventionssteuerung genutzt werde, mit dem in die souveräne Energiepolitik der EU-Staaten hineinregiert werden könne.

„Es wäre vollkommen undemokratisch, wenn Brüssel mit einem delegierten Rechtsakt die vertraglich garantierten Zuständigkeiten der Mitgliedsländer aushebeln würde“, sagt Giegold. Die Taxonomie müsse auf das zurückgeführt werden, was sie eigentlich sei: ein Leitfaden für Investoren, kein Masterplan zum Umbau der europäischen Wirtschaft.

GELDDANLAGE

Atomkraft ist nicht grün

Wer sein Geld in Öko-Aktiefonds steckt, könnte damit künftig auch Betreiber von Atomkraftwerken unterstützen. Aus deutscher Sicht klingt das absurd, und doch strebt die EU-Kommission offenbar genau so eine Regelung an. Brüssel erstellt gerade eine sogenannte Taxonomie: einen Kriterienkatalog, der bestimmt, welche wirtschaftlichen Aktivitäten umwelt- und klimafreundlich sind und welche nicht. Anfang Dezember soll die Entscheidung fallen, was für Atom- und Gasmeiler gilt – und alles deutet darauf hin, dass die Behörde Kernkraftwerke als nachhaltig einstuft.

Das aber wäre ein schwerer Fehler. Schließlich kann die Kommission dann ihre Hoffnungen begraben, dass diese Taxonomie so etwas wie der neue Goldstandard wird, an dem sich Investmentfonds weltweit ausrichten. Die meisten Anleger, die sich für grüne Fonds interessieren, fänden die Idee wohl schauderhaft, dass ihr Ersparnis neben Solarstromfirmen auch Kernkraftwerksbetreibern zugutekommt, allein schon wegen der ungeklärten Endlagerfrage. Selbst im atomfreundlichen Frankreich schließt „Greenfin“, das nationale Siegel für Öko-Investments, diese Branche aus. Grüne Fonds werden daher weiter andere Kriterienkataloge für ihre Aktienauswahl nutzen als die EU-Taxonomie. Ansonsten müssten die Fondsgesellschaften befürchten, dass umweltbewusste Anleger ihre Produkte schmähen, weil sie Kernkraft-Aktien und -Anleihen enthalten dürfen.

Solch ein Misserfolg wäre ein Jammer, denn die EU ist mit ihrer Taxonomie ein weltweiter Vorreiter. Mit diesem Klassifizierungssystem will Brüssel der Gefahr begegnen, dass Firmen oder Investmentfonds sogenanntes greenwashing betreiben, sich also als grüner verkaufen, als sie es in Wirklichkeit sind. Die Taxonomie soll das Vertrauen in Öko-Finanzprodukte erhöhen und damit mehr Anlegergeld anlocken. So will die Kommission mehr Investitionen in klima- und umweltfreundliche Aktivitäten lenken.

Wenn aber die Taxonomie Aktien und Anleihen der Atombranche für nachhaltig erklärt, wird das bei den

allermeisten grün angehauchten Anlegern kein Vertrauen schaffen, sondern vernichten. Dass die Kommission trotzdem diesen Weg beschreitet, liegt an einem umstrittenen Gutachten – und an den politischen Realitäten. So kam der wissenschaftliche Dienst der Kommission im Frühjahr zum Schluss, dass Kernkraft durchaus nachhaltig sei. Kritiker monieren freilich, dass diese Studie die Risiken ausblende. Wichtiger als die Untersuchung ist jedoch ohnehin, dass die Gruppe der Kernkraft-Fans unter den EU-Regierungen inzwischen deutlich größer ist als jene der Gegner.

Zu den Gegnern gehört auch die Bundesregierung. Die Mehrheitsverhältnisse in der EU werden allerdings keine Blockade der Taxonomie erlauben – zur Freude von Atombefürwortern wie Frankreich. Paris will Meiler modernisieren und neue bauen, und mit dem grünen Siegel wird es für den Staatskonzern EDF billiger, sich das nötige Geld an den Finanzmärkten zu beschaffen. Zudem wird die Taxonomie als offizielle EU-Definition, was ökologisch ist, bei Subventionsprüfungen eine Rolle spielen: Die Kommission wird Förderprogramme der Regierungen eher genehmigen, wenn sie der Umwelt helfen.

Zahlreiche Mitgliedsstaaten sehen die Kernkraft als wichtige Brückentechnologie auf dem Weg zur klimafreundlichen Stromversorgung. Das muss man nicht gut finden, aber doch respektieren. Zumal der deutsche Sonderweg bislang nicht sehr nachahmenswert wirkt. Im Gegenteil halten es viele EU-Partner für bizarr, dass Europas größte Volkswirtschaft 2022 die letzten Atommeiler abschaltet, obwohl die Lücke nicht mit erneuerbaren Energien geschlossen werden kann. Die Folge ist schlicht, dass Deutschland weiter den Klimakiller Kohle verfeuern muss und abhängiger wird von russischem Gas und Atomstromimporten aus Frankreich. So gesehen dient es sogar deutschen Interessen, dass Paris seine Atommeiler modernisiert.

Die Gemengelage ist also schwierig für die Kommission. Trotzdem ist es töricht, die Taxonomie aus Anlegersicht zu entwerfen. Viel klüger wäre es, einfach eine be-

sondere Kategorie für Atomkraft einzuführen: Die Behörde sollte sie zur Brückentechnologie erklären, die unter bestimmten Bedingungen förderwürdig ist – die aber nichts in Öko-Fonds verloren hat.

Die EU-Kommission will zulassen, dass in Öko-Fonds Aktien von Atomfirmen stecken – wie absurd